

An Wohlfahrt ist nichts falsch

Diskussion **Das Soziale muss aber nicht zwangsläufig durch den Nationalstaat gewährleistet sein. Über das schwierige Verhältnis der Linken zum Staat**

Von Gabriel Kuhn

Eine Zeit lang hatte man gedacht, der Spuk des Nationalstaats sei vorbei. Globalisierung, der Hype um Michael Hardts und Antonio Negris »Empire« und die von den neuen Kommunikationstechnologien angefeuerte internationale Vernetzung machten einen glauben, seine Zeit als Machtfaktor sei abgelaufen. Doch spätestens mit Donald Trumps »America First«, Brexit und den flächendeckenden Wahlerfolgen rechter Parteien hat sich der Nationalstaat eindrucksvoll zurückgemeldet. Wobei: Seine Bedeutung mag eine Zeitlang in den Hintergrund getreten sein, aber erledigt war er nie.

Für die Rechte ist der Nationalstaat das rettende Bollwerk gegen ungeliebte Migration, gescheitertes Multikulti und dekadentes Kosmopolitismus. Schwieriger ist es für die Linke. Oft wird hier eine Spaltung diagnostiziert. Die dafür verwendeten Termini unterscheiden sich je nach politischer Orientierung. So trennen manche einen »neoliberalen« von einem »klassenkämpferischen« Flügel, andere einen »emanzipatorischen« von einem »national-sozialen«. Zweiteilungen solcher Art zeichnen immer ein vereinfachtes Bild. Doch der Konflikt, den sie andeuten, ist real und hat weitreichende Konsequenzen. Sind es transnationale Organisationen, Bildung und »Weltoffenheit« (gerne über Reisen, Auslandsaufenthalte und Fremdsprachenkenntnisse definiert), die uns vor der Barbarei bewahren, oder ist es Engagement »vor Ort« und Gerechtigkeit für »das Volk«?

Wie hält es die Linke mit dem Wohlfahrtsstaat?

Was auch immer die Antwort sein mag, um eine Auseinandersetzung mit dem Nationalstaat kommen wir nicht herum. Zu sehr bestimmt er unsere politischen Realitäten und Handlungsspielräume. Der Imperialismustheoretiker Samir Amin behauptet in seinem letzten, posthum veröffentlichten Buch »Souveränität im Dienst der Völker« gar: »Der Nationalstaat bleibt der einzige Rahmen, in dem die entscheidenden Kämpfe stattfinden, die letztlich die Welt verändern.«

In unseren Breitengraden mündet die Auseinandersetzung mit dem Nationalstaat oft in einer Auseinandersetzung mit der prägenden Staatsform der westeuropäischen Nachkriegszeit: dem Wohlfahrtsstaat. Während sich Teile der Linken auf dessen Verteidigung konzentrieren – zum Teil tatsächlich mit starkem Bezug auf nationale oder gar völkische Identitäten –, unterziehen ihn andere einer grundlegenden Kritik. Diese konzentriert sich auf seinen Ausschlusscharakter, sowohl was interne Hierarchisierungen betrifft (Sozialchauvinismus) als auch Grenzziehungen nach Außen (Staatsbürgerschaft). Die Kritik ist berechtigt. Ein Wohlfahrtsstaat, der nicht allen in gleichem Maße dient und zugänglich ist, schafft keine Gerechtigkeit. Manchmal jedoch scheint die Kritik politisch ins Leere zu laufen. Denn was ist die Konsequenz? Den Wohlfahrtsstaat abzuschaffen? Müsste er nicht eher ausgedehnt werden?

Hier wird es freilich interessant. Denn die Ausdehnung des Wohlfahrtsstaates scheidet nicht nur an gutem Willen, sondern wesentlich auch daran, dass er auf der Ausbeutung anderer beruht. Eine sinnvolle Diskussion über die Ausdehnung der Wohlfahrt (mit oder ohne Staat) kann ohne Diskussion über den Imperialismus nicht stattfinden. Die entscheidende Frage zu den Ausschlussmechanismen des Wohlfahrtsstaates ist: Welche von ihnen sind notwendig, damit er überhaupt existieren kann?

Die wichtigsten Grenzen verlaufen hier nach wie vor zwischen den Regionen, die wir heute globalen Norden und globalen Süden nennen. Mit anderen Worten: Zwischen Ländern, die vom Imperialismus profitieren, und Ländern, die das nicht tun. Auch diese Zweiteilung ist vereinfachend. Es gibt Reichtum im globalen Süden und Armut im globalen Norden; Globalisierung und Migration verwischen die Grenzen zusehends. Und doch gilt auch hier: Die Grenzen sind real und haben weitreichende Konsequenzen.

Was aber heißt das für ein politisches Verhältnis zum Nationalstaat oder zum nationalen Wohlfahrtsstaat? Hier müssen wir differenzieren. Dass der Staat eine Rolle in der Verteidigung eines relativen Maßes an sozialer Gerechtigkeit spielen kann, wird sogar von prominenten Anarchist_innen zugestanden. Noam Chomsky meinte 2010 in einem Interview: »Vie-

historisch bedingt, aber nicht notwendig. Es gibt viele Länder auf der Welt, wo zivilgesellschaftliche, kirchliche oder auch gewerkschaftliche Kräfte diese Aufgabe wahrnehmen und nicht staatliche. Auch in Westeuropa wird Politik bekannterweise (und glücklicherweise) nicht nur vom Staat gemacht, sondern auch von sozialen Bewegungen, Basisinitiativen und Interventionen im Alltag.

Zudem geht manchmal unter, dass Staat nicht zwangsläufig Nationalstaat sein muss. Bei einem Gespräch zu Staatsbürgerkonzepten während des ak-Autorentreffens im September 2018 wurden »Sanctuary Cities« als Beispiel für eine



Beispiel für kollektive Selbstbestimmung ohne Rekurs auf nationalstaatliche Identität: die Sanctuary Cities.

le Anarchisten denken nur an den Staat, wenn es um Herrschaft geht. Ich denke, das ist ein Fehler. Unter all den herrschaftlichen Institutionen, die existieren, ist der Staat eine relativ bescheidene. Im Staat haben wir, zumindest solange die Gesellschaft demokratisch ist, einen gewissen Einfluss auf das, was passiert. Auf das, was in Konzernen passiert, haben wir überhaupt keinen Einfluss. Dort finden wir die wirklichen Tyrannen. Und solange die Gesellschaft von privaten Tyrannen beherrscht wird – was die schlimmste Form der Unterdrückung ist –, solange brauchen Menschen Mechanismen, um sich verteidigen zu können. Der Staat ist ein solcher Mechanismus.«

Politik wird nicht nur vom Staat gemacht

Nun gut. Die Trennung, die Chomsky hier anspricht, hat allerdings nicht zwangsläufig mit dem Staat zu tun. In erster Linie geht es um den Gegensatz zwischen dem »Politischen« und dem »Ökonomischen«. Dass die Politik eingesetzt werden kann (und soll), um die negativen Einflüsse der Ökonomie einzudämmen, ist wenig kontrovers. Der Wohlfahrtsstaat baut darauf auf. Doch ist die Tatsache, dass in Westeuropa der Staat diese Rolle übernommen hat, zwar

Deutung gesellschaftlicher Zugehörigkeit genannt, die sich gegen nationalstaatliche Praktiken wendet. Wertvoll ist in diesem Zusammenhang auch der Blick auf die Versuche in Chiapas und Kurdistan, kollektive Selbstbestimmung ohne Rekurs auf nationalstaatliche Identität durchzusetzen.

An Wohlfahrt ist nichts falsch, und es macht wenig Sinn, ein Leben in Wohlfahrt infrage zu stellen, das Menschen als Resultat biografischer Zufälle und sozialer Kämpfe gewonnen haben. Gleichzeitig ist kein linker Anspruch ernstzunehmen, der einer bestimmten Gruppe von Menschen Wohlfahrt zu-, einer anderen jedoch abspricht. Oder noch schlimmer: der die Wohlfahrt einer bestimmten Gruppe von Menschen auf Kosten der Wohlfahrt anderer sichern will.

Eine gerechte und nachhaltige Welt mag für einige Menschen die Aufgabe relativer Privilegien bedeuten, doch letztlich gewinnen auch sie. Auf dem Weg dorthin ist ein pragmatischer Umgang mit dem Staat erforderlich. Er darf nicht nationalistisch aufgeladen werden, lässt sich aber auch nicht schöngestimmt wegreden. Der Weg zum Kommunismus bleibt kompliziert. ●

Gabriel Kuhn schrieb in ak 631 über Klassenpolitik und Internationalismus.

Anzeigen

Die Wochenzeitung **jungle.world**

haut dich raus

jungle.world/abo

Dein Abo gegen Dummheit, Lüge und Hass.

Jetzt bestellen! jungewelt.de/abo

Die Tageszeitung **junge Welt**

Wiederbelebung: Der kommunistische Kampf ist die entscheidende Wende im Kampf gegen den Kapitalismus. Ein Aufruf zum Kampf um die Welt.

Handlin: Einmalige Preisänderung in Berlin: 3 Euro (inkl. MwSt.)

Atomkraftgegner: 5 Euro (inkl. MwSt.)

Verteidiger: 7 Euro (inkl. MwSt.)

Privatsphäre: 15 Euro (inkl. MwSt.)

Hass wird salonfähig: Pegida-Anhänger gestiftet Bombenanschläge. AfD besiegt Bundestag mit... Rassistin. Von Michael Metz

Abotelefon: 0 30/53 63 55-80/-81/-82